

Zweistaatenlösung in Gefahr? Aktuelle Entwicklungen und Szenarien im Israelisch- Palästinensischen Konflikt

Paula Köhler



Die berühmte israelische Cartoonfigur Srulik und die nicht minder bekannte palästinensische Figur Handala, die Arm in Arm in die Zukunft schauen, sind ein Symbol des Friedens. Was der Künstler Jonathan Kis-Lev auf der Mauer, die momentan das Westjordanland von Israel trennt, darstellt, scheint momentan nur in der Kunst möglich zu sein. Frieden zwischen Israelis und Palästinensern ist momentan leider weit entfernt, auch wenn es viele Vorschläge zur Lösung des Konflikts gibt.

Der israelisch-palästinensische Konflikt weckt auch in Deutschland immer wieder politisches Interesse. Dabei ist fast jedem die Zweistaatenlösung ein geläufiger Begriff. Doch den wenigsten dürften Schlagwörter wie Einstaatenlösung, Binationaler Staat oder die Idee einer israelisch-palästinensischen Konföderation bekannt sein. Im Gegensatz zu Europa und Deutschland werden diese Ideen im israelischen Diskurs allerdings häufig verwendet und diskutiert. Diese Publikation möchte daher einem deutschen bzw. europäischen Publikum einen Einstieg in die verschiedenen Konzepte ermöglichen, um die Komplexität der momentanen Situation in Israel besser zu verstehen und die israelische Sicht auf Lösungsansätze des Konflikts kennenzulernen.

Im Folgenden werden verschiedene Lösungsvorschläge für den Konflikt diskutiert, die teils kreative, teils radikale Ideen aufzeigen. Nach einer kurzen Hinführung zur Entstehung des Konflikts werden zuerst die fünf größten Problemgebiete bei der Friedensfindung vorgestellt und danach die altbekannte Zweistaatenlösung skizziert. Anschließend wird kurz auf die aktuelle politische Lage und die realen Chancen einer Verwirklichung der Zweistaatenlösung eingegangen. Daraufhin werden erst, im Vergleich zur Zweistaatenlösung, rechtliche bzw. konservativere Ansätze zur Lösung des Konflikts vorgestellt und anschließend linksgerichtete Ideen aufgezeigt. Alle vorgestellten Vorschläge behandeln dabei vor allem das Westjordanland und Ostjerusalem und gehen nicht auf das Problem im Gazastreifen ein. Da dieser von der Hamas kontrolliert wird und seit dem Rückzug der israelischen Streitkräfte 2005 ein semi-autonomes, von der Außenwelt fast abgeschnittenes Gebiet ist, wird er in den folgenden Szenarien ausgeklammert. Dennoch sollte dringend eine nachhaltige Lösung für den humanitären Notstand der dort lebenden Bevölkerung gefunden werden.

Worum geht es eigentlich bei dem Konflikt?

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist in erster Linie ein Territorialkonflikt, der allerdings auch religiöse, kulturelle und nationale Elemente beinhaltet. Am Ende des 19. Jahrhunderts formierte sich aufgrund von ansteigendem Antisemitismus und Pogromen gegen Juden in Europa die zionistische Bewegung, deren Ziel es war, im für sie heiligen Land „Eretz Israel“ einen jüdischen Staat zu begründen. Die neuen Einwanderer begannen, das Land intensiv zu bewirtschaften und bauten erste nationale Institutionen und Verwaltungsstrukturen auf. Anfangs war das Zusammenleben zwischen den einheimischen Arabern und den zugewanderten Juden noch größtenteils freundschaftlich, allerdings kippte die Stimmung recht schnell um in Feindschaft, besonders als in den 1930er Jahren die jüdische Einwanderung stark anstieg, da Juden im Dritten Reich immer

massiver verfolgt wurden, was während des Zweiten Weltkriegs zum Holocaust mit sechs Millionen ermordeten Juden führte. Die arabische Bevölkerung derweil fürchtete, fremdbestimmt zu werden und fühlte sich von den jüdischen Einwanderern, die immer mehr Land in Palästina aufkauften und das Land zunehmend besiedelten, bedroht. Dies führte zu einem Erstarren des arabischen Nationalgefühls in Palästina und mündete in gewaltsamen Auseinandersetzungen der beiden Bevölkerungsgruppen ab 1920.

Großbritannien, das eigentlich die Mandatsmacht war, sah sich zusehends überfordert mit den Dynamiken des Konflikts. Da die Briten sowohl den Arabern als auch den Juden Zugeständnisse für das Gebiet gemacht hatten, beriefen sich beide Parteien auf dieses



Aufteilung des Gebiets nach dem UN-Teilungsplan von 1947. Grüne Flächen wurden für Israel vorgesehen, die gelben Flächen für die Palästinenser. Bildquelle: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/gruendung-des-staates-israel-der-anfang-eines-kampfes-ohne-ende-102.html>.

Versprechen, wodurch der Territorialkonflikt angeheizt wurde. 1947 gab Großbritannien dann sein Mandat über Palästina an die Vereinten Nationen (UN) ab, die einen Teilungsplan für das Gebiet erarbeiteten und 1947 mit der benötigten Zweidrittelmehrheit, entgegen den Stimmen aller arabischen Länder verabschiedeten. Im November 1947 stimmte die Jewish Agency, eine vorstaatliche Organisation, dem Teilungsplan zu, während alle arabischen Staaten ihn ablehnten. Daraufhin eskalierte die Gewalt in Palästina. Im Mai 1948 rief David Ben Gurion den Staat Israel aus. Nach der Gründung des Staates Israel begann umgehend der erste Nahostkrieg, als Ägypten, Transjordanien, Syrien, der Libanon und der Irak den jungen Staat angriffen. Israel konnte den Krieg für sich entscheiden und vergrößerte sein Territorium. Eine große Mehrheit der arabischen Bevölkerung allerdings, circa 700.000 Menschen, flohen in arabische Nachbarländer

bzw. wurden dorthin vertrieben. Was für die einen als „Unabhängigkeitskrieg“ in die Geschichtsbücher eingeht, kennen die anderen unter dem Begriff der „Nakba“ (=„Katastrophe“).

Auch danach kehrte in der Region keine Ruhe ein. Nach Auseinandersetzungen mit arabischen Staaten im Suezkrieg 1956, im Sechs-Tage-Krieg 1967 sowie im Jom-Kippur-Krieg 1973, kam es in den 80ern und 2000ern zu den beiden Intifadas, in denen sich wieder Palästinenser und Israelis feindlich gegenüberstanden. Trotz mehrerer Schlichtungsversuche des Israelisch-Palästinensischen Konflikts, wie zum Beispiel den Friedensverhandlungen bei Camp David, den Oslo-Prozessen oder den Friedenskonferenzen in Madrid und Annapolis, ist der Konflikt bis heute nicht gelöst und

trägt weiterhin zu Spannungen in der Region und darüber hinaus bei. Die aktuelle, offizielle Verteilung des Territoriums ist auf der nebenstehenden Karte erkennbar.

Was sind die größten Hindernisse einer friedlichen Lösung des Konflikts?

Um zu verstehen, was genau eigentlich einem Friedensabkommen im Weg steht, ist es hilfreich, die folgenden fünf Problemgebiete zu kennen:

1. Grenzverläufe

Ein viel diskutiertes Thema im israelisch-palästinensischen Konflikt sind die Grenzverläufe zwischen Israel und einem möglichen Staat Palästina. In Friedensverhandlungen geht man von der Grenze aus, die vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967 existierte. Allerdings verläuft die von Israel erbaute Sperranlage zum Westjordanland immer wieder auf palästinensischem Gebiet und auch durch den israelischen Siedlungsbau wird es schwierig, klare territoriale Grenzen umzusetzen.

2. Siedlungen

Seit circa 1967 baut Israel aus religiösen, geopolitischen und sicherheitstechnischen Gründen in Ostjerusalem und dem Westjordanland jüdische Siedlungen in palästinensischen Gebieten. Momentan leben mehr als 600.000 Israelis in solchen Siedlungen. Dies ist nach internationalem Recht illegal und führt zu viel internationaler Kritik an Israel, da es das Territorium der Palästinenser erheblich schrumpfen lässt und die palästinensische Bevölkerung einer Kontrolle durch das israelische Militär aussetzt, die deren Alltag und Bewegungsfreiheit negativ beeinflusst. Zudem sind die Siedlungen durch Autobahnen und Schnellstraßen, die die palästinensischen Gebiete wie Adern durchziehen, mit dem israelischen Staat vernetzt – und dabei dürfen einige dieser Straßen nur von Siedlern befahren werden. Dadurch wird das Gebiet für einen möglichen palästinensischen Staat zerstückelt, sodass es kaum zusammenhängende Flächen für ein Staatsgebiet gibt. Für Friedensverhandlungen ist daher der Siedlungsbaustopp enorm wichtig, ebenso wie die Frage, was mit den bisher entstandenen Siedlungen geschehen soll. Einige Lösungsansätze versuchen das Problem der Grenzen durch gleichwertigen Landaustausch zwischen israelischen und palästinensischen Gebieten zu beheben.

3. Status von Jerusalem

Da Jerusalem für alle monotheistischen Weltreligionen einen heiligen Ort darstellt und sowohl Israelis als auch Palästinenser als Hauptstadt ihres Staates ansehen, muss für diesen Ort in allen Friedensformaten eine besondere Lösung gefunden werden. Während die Altstadt also international zugänglich sein soll, gilt für andere Bereiche Jerusalems in Lösungsvorschlägen die Grundidee, dass alles arabisch geprägte den Palästinensern gehören soll, während alle jüdisch geprägten Stadtteile israelisch bleiben sollen.

4. Flüchtlingsfrage

Nach dem Ende des Krieges von 1948 verweigerte Israel, wie bereits erwähnt, den Vertriebenen und Geflohenen die Rückkehr. Doch laut Völkerrecht erhalten auch deren

mittlerweile sechs Millionen Nachkommen den Flüchtlingsstatus. Würden allerdings all diese Menschen ein Recht auf Rückkehr nach Israel eingeräumt bekommen, so steht zu befürchten, dass das zionistische Ideal eines jüdisch geprägten Staates aufgrund von demografischen Zahlen nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre. Deswegen führt die Flüchtlingsfrage noch heute zu starken Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern.

5. Sicherheitsarrangements

Mit dem Oslo-II-Abkommen von 1995 wurde das Westjordanland in drei Bereiche eingeteilt. A-Bereiche (ca. 18% der Fläche), die allein von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) verwaltet werden; B-Bereiche (ca. 18% der Fläche), in denen die PA sich um zivilrechtliche Angelegenheiten kümmert, es aber eine israelisch-palästinensische Sicherheitszusammenarbeit gibt und Israel die Entscheidungsgewalt in Sicherheitsfragen hat, und C-Bereiche (ca. 60% der Fläche), in denen Israel sowohl zivil- wie auch sicherheitstechnisch die Verwaltung bestimmt. Dabei sind A-Gebiete hauptsächlich große, palästinensische Städte. Die C-Gebiete sind teils unbewohnte, aber zusammenhängende Flächen im Westjordanland, in denen neben rund 450.000 israelischen Siedlern rund 250.000 Palästinenser leben. Israel kontrolliert nicht nur die Grenzen des Westjordanlandes, sondern dominiert zusätzlich auch den Luftraum und die elektromagnetischen Frequenzen. Außerdem nimmt sich Israel das Recht auf Militäreinsätze gegen Terroristen, selbst wenn diese in A-Gebieten leben. Dies begründet Israel damit, seine Bürger_innen schützen zu müssen. Gleichzeitig untergräbt dies die Autorität der palästinensischen Sicherheitsbehörden, hat den bitteren Beigeschmack einer Besatzung und verhindert eine volle Souveränität der palästinensischen Regierung.

Mit einer besseren Übersicht zu den kontroversen Eckpunkten eines Friedensabkommens, wird es nun Zeit, die möglichen Lösungen dazu kennenzulernen. Den Beginn macht die populäre Zweistaatenlösung, die schon seit Jahrzehnten verfolgt wird.

Was ist die Zweistaatenlösung eigentlich?

Auch wenn sie in Deutschland fast immer im selben Atemzug mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt genannt wird, stellt sich doch für viele die Frage, was die Zweistaatenlösung eigentlich genau ist. Dabei ist sie kein eigenständiges Dokument, sondern eine Ansammlung mehrere Lösungsansätze, die alle als Ziel die Entstehung eines unabhängigen palästinensischen Staates haben, der friedlich mit einem angrenzenden, unabhängigen jüdischen Staat koexistieren kann. So wurde, wie bereits kurz erwähnt, schon 1947 ein Teilungsplan der UN vorgelegt, der zwei unabhängige Staaten mit ungefähr gleich großen Gebieten anvisierte, sowie eine Sonderregelung für Jerusalem festlegte. In den Folgejahren gab es immer wieder internationale Lösungsansätze, zum Beispiel UN-Resolutionen 242 und 338, die Israels Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten fordern. Insbesondere die in Oslo zwischen dem Staat Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ausgehandelte Prinzipienklärung gilt als die Grundlage für die Zweistaatenlösung. Weitere Vorschläge zur Teilung des Gebiets finden sich z.B. in der Vereinbarung zwischen Yossi Beilin und Abu Mazen aus dem Jahr 1995, in den Clinton-Parametern von 2000, in der Arabischen

Friedensinitiative von 2002, sowie im „Fahrplan“ für eine Zweistaatenregelung, der 2003 von der EU, den USA, Russland und den Vereinten Nationen entworfen wurde. Im selben Jahr wurde auch die Genfer Initiative vorgestellt, die eine Blaupause für eine Zweistaatenlösung darstellt und von ranghohen israelischen und palästinensischen Politikern konzipiert wurde.

Auch wenn sich die Gegebenheiten durch gewalttätige Auseinandersetzungen immer wieder verändert haben, so sind die Parameter, zumindest von internationaler Seite, relativ klar, wie eine Zweistaatenlösung zu funktionieren hätte. Zum einen bräuchte es einen Rückzug Israels aus den Gebieten innerhalb der Waffenstillstandlinie von 1967. Außerdem müsste der Siedlungsbau umgehend gestoppt werden und es würde ein Gebietsaustausch stattfinden, bei dem Israel einige Siedlungen annektiert und im Gegenzug den Palästinensern gleichwertiges, israelisches Gebiet übergibt. Jerusalem wäre die Hauptstadt beider Staaten und es gäbe Sicherheitsarrangements an nationalen sowie internationalen Grenzen, die durch internationale Aufsicht sichergestellt werden könnten. Eine Lösung des Flüchtlingsproblems könnte in die Richtung gehen, dass den Flüchtlingen erlaubt wird, in einen palästinensischen Staat zurückzukehren, Quotensysteme für Flüchtlinge in Israel eingeführt werden oder Israel Entschädigungen an die Vertriebenen zahlt, während Juden, die aus arabischen Staaten flüchten mussten, vonseiten der vertreibenden arabischen Staaten entschädigt werden sollten.

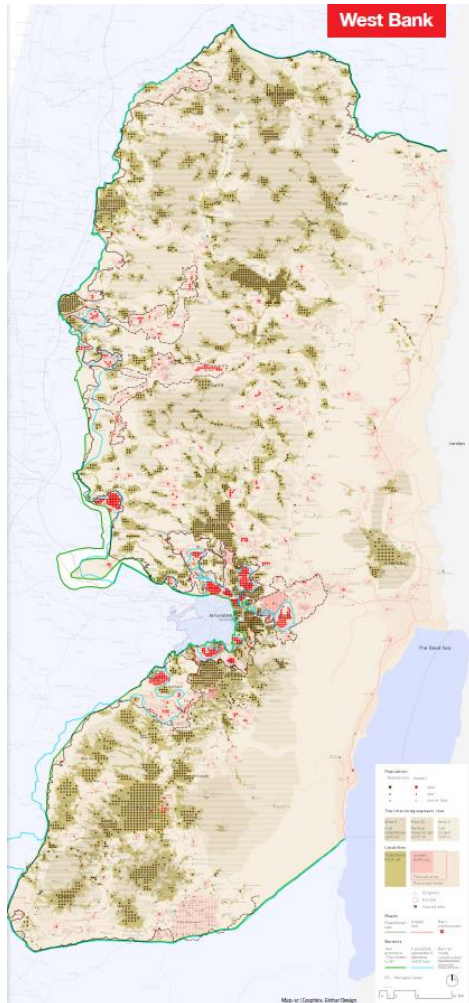
Besonders für Deutschland und Europa ist die Zweistaatenlösung die einzige erdenkliche Lösung des Konflikts. Dies wird durch folgendes Zitat von der Webseite des deutschen Auswärtigen Amts deutlich:

„Deutschland und seine Partner sind überzeugt: Nur durch Verhandlungen ist das Ziel erreichbar, dass letztlich ein unabhängiger, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel lebt. Nur eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung kann die legitimen Forderungen beider Seiten erfüllen und den israelisch-palästinensischen Konflikt endgültig beilegen.“

Obwohl eine Zweistaatenlösung wünschenswert ist und bleibt, wird ihre tatsächliche Umsetzung in die Realität immer schwieriger.

Wie steht es aktuell um die Zweistaatenlösung?

Zuerst einmal ist wichtig zu verstehen, dass im öffentlichen Diskurs in Israel kaum über Frieden und eine tatsächliche Lösung des Konflikts diskutiert wird, sondern dass man, wenn überhaupt, nur über Konfliktmanagement spricht. Dabei rückt die Realität einer Zweistaatenlösung immer weiter in die Ferne. Dies ist einerseits bedingt durch die starke israelische Militärpräsenz, die circa 61% der Westbank kontrolliert, aber auch durch den staatlich geförderten Ausbau von Siedlungen. Zum Beispiel wird Bauen und Wohnen im Westjordanland für Siedler massiv von der Regierung subventioniert. In der Westbank



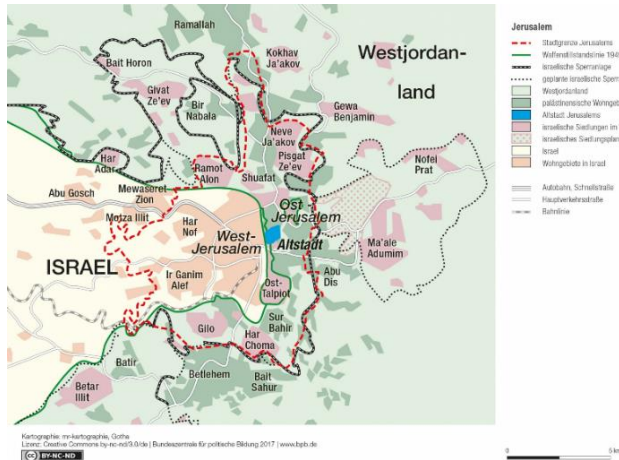
Stand der Siedlungen in der Westbank 2018.
 Jüdische Siedlungen sind in Rot eingezeichnet.
 Quelle:
<http://peacenow.org.il/en/settlements-map-2018>

leben zum heutigen Zeitpunkt geschätzt 2,750 Millionen Palästinenser und circa 450.000 Siedler, die somit ungefähr 14% der Bevölkerung in der Westbank ausmachen. Hinzu leben rund 200.000 Siedler in Ostjerusalem. Wie der Karte zu entnehmen ist, ist auch der Siedlungsbau im Großraum Jerusalem schon weit vorangeschritten. Die Siedler sind zudem gut institutionalisiert und politisch vernetzt, sodass sie längst eine bedeutende politische Instanz in Israel geworden sind, die kaum noch zu umgehen ist. Hinzu kommt, dass Israel den palästinensischen Gebieten sicherheitstechnisch und auch wirtschaftlich weit überlegen ist. So beträgt beispielsweise das Pro-Kopf-Einkommen in Israel 36.300 Euro, in den Palästinensischen Gebieten circa 2.650 Euro. Daher kann sich Israel momentan so präsentieren, als bräuchte es keinen langfristigen Frieden, sondern nur eine Aufrechterhaltung des „Status quo“. Daher gab es seit der sogenannten Kerry-Initiative 2014 keine ernsthaften Versuche an Friedensverhandlungen mehr und obwohl Regierungschef Benjamin Netanyahu mehrmals seine Unterstützung für eine Zweistaatenlösung kundgetan hat, so hat er gleichzeitig auch gesagt, dass es keinen Palästinensischen Staat geben wird, solange er im Amt ist. Zudem hat sich in Israel das Narrativ durchgesetzt, dass es auf der palästinensischen Seite keine willigen und demokratisch legitimierten Partner gäbe, um über Lösungen zu verhandeln.

Unter solchen Umständen ist es auch nicht sonderlich verwunderlich, dass die Unterstützung für eine Zweistaatenlösung in der israelischen wie auch in der palästinensischen Bevölkerung 2018 auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren fiel, da nur noch 43% der jüdischen Israelis und der Palästinenser_innen eine Zweistaatenlösung mit der Gründung eines palästinensischen Staates befürworten. Diese Zahl sank nochmal weiter auf 39% bei jüdischen Israelis und auf 37% bei Palästinenser_innen, wenn die Befragten explizit zu ihrer Meinung bezüglich einer möglichen Zweistaatenlösung gefragt wurden, die anhand von Konditionen aus bisherigen Verhandlungsrunden konzipiert wurde, wie zum Beispiel einem demilitarisierten palästinensischen Staat oder einem Rückzug Israels zu den Grenzen vor dem Krieg in 1967 gekoppelt mit Landtausch.

Auch von außerhalb erfährt Israel momentan wenig politisch relevanten Gegenwind. Die EU, die in Israel sowieso als Israel-feindlich wahrgenommen wird, spricht nicht mit einer

Stimme und baut somit keinen Druck für die Notwendigkeit von Friedensverhandlungen auf. Unter der amerikanischen Trump-Regierung erfährt die Politik von Netanyahu sogar noch Rückendeckung und selbst arabische Staaten, die sonst alles andere als wohlwollend auf Israel blicken, zeigen sich insgesamt kooperativer, da Israel und einige



Stand der Siedlungen um Jerusalem im Jahre 2017. Quelle: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54655/nahost>

arabische Länder gegen den gemeinsamen Feind Iran vorgehen wollen und dahingehend bereits weitreichende Zusammenarbeit gegen islamistischen Terror praktizieren.

Schlussendlich ist es nicht schwer zu erkennen, dass momentan die Umsetzung einer Zweistaatenlösung illusorisch wirkt – vor allem, da mit dem Ausbau von Siedlungen die finanziellen und politischen Kosten dafür steigen. Stattdessen bewegt sich das Gebiet zwischen dem Mittelmeer und Jordanien vor allem aufgrund des Siedlungsbaus

immer mehr auf eine Einstaatenrealität hin. Deswegen werden in dieser Übersicht andere, lokal diskutierte Ansätze zur Lösung des Konflikts vorgestellt und analysiert – nicht, um die Zweistaatenlösung zu delegitimieren, sondern um eine bessere Übersicht über den momentanen Diskurs zu dem Thema in Israel zu ermöglichen. Anstatt gebetsmühlenartig die Forderung nach einer Zweistaatenlösung zu wiederholen, kann so ein differenzierteres Verständnis bezüglich der aktuellen Lage des Konflikts entstehen.

Welche Alternativen gibt es zur Zweistaatenlösung?

Die Einstaatenlösung

Anknüpfend an die vorhergehende Analyse der aktuellen politischen Situation ist eine Einstaatenlösung eines der Konzepte, von der es sinnvoll ist, sie im Zusammenhang des israelisch-palästinensischen Konflikts zu kennen. Durch Siedlungsbau und Militärpräsenz dehnt sich der Einfluss des israelischen Staates immer weiter territorial aus, sodass den Palästinensern immer weniger Raum für einen eigenen Staat bleibt. Anstatt von zwei Staaten sind klare Tendenzen hin zu einem Staat erkennbar. Hierbei gibt es zwei unterschiedliche Arten, wie so ein binationaler Staat organisiert sein könnte:

1. Ein demokratischer, binationaler Staat

Aufgrund der territorialen, aber teils auch sozialen und wirtschaftlichen Vernetzung des Staates Israel und den palästinensischen Gebieten gibt es Stimmen, die eine Einstaatenlösung für richtig halten. Hierbei würde das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordanien zu einem Staat verschmelzen, in dem alle Bewohner gleiche politische, zivile, soziale und kulturelle Rechte hätten. Um diese durchzusetzen, gäbe es

dann vermutlich ein israelisch-palästinensisches Verfassungsgericht. Sollte so ein Staat entstehen, wäre er vermutlich international anerkannt, da alle Bürger_innen gleichbehandelt werden, ungeachtet ihrer Herkunft oder Konfession. Das eigentliche Problem liegt darin, dass solch ein Staatsgebilde gegen das jüdische und zionistische Selbstverständnis des Staates Israel geht, der sich explizit als jüdischer Staat und als sicherer Hafen der Juden aller Welt versteht. Die Befürchtung ist, dass die Juden durch demografische Realitäten eine Minderheit in ihrem Staat werden und dass palästinensische Gruppierungen durch legale Wahlen den jüdischen Charakter des Staates abbauen könnten. Gleichzeitig wäre ein solcher binationaler Staat auch kein palästinensischer Staat, womit der Traum vieler Palästinenser_innen, einen eigenen souveränen Staat zu gründen, verworfen werden müsste.

Ein Beispiel für den Ansatz solch eines demokratischen, binationalen Staats findet man bei einer israelischen Bewegung namens *Federation Movement*. Hierunter stellen sich ihre Befürworter einen israelischen Staat vor, der eine Zentralregierung hat, die bis zu 30 eigenständige Kantone in Israel und der Westbank unter sich vereinigt. Unter dieser Vision würde die PA mit deren Zustimmung aufgelöst, israelisches Recht in der gesamten Westbank angewandt und allen Palästinenser_innen die israelische Staatsbürgerschaft angeboten. Zugleich würden auch alle Siedler in ihren aktuellen Wohngebieten bleiben und ein Prozess zur Integration der palästinensischen und israelischen Wirtschaft beginnen. Die Kantone würden als eigenständige Regierungen in Bereichen wie Bildung und Zivilrecht entscheiden dürfen, wohingegen die Zentralregierung für Außenpolitik, makroökonomische Entwicklungen sowie Sicherheit verantwortlich wäre. Die Zentralregierung soll, in dieser Version, dabei weiterhin Israel sein und das israelische Militär das Gewaltmonopol behalten. Zudem ist kein Recht auf eine Rückkehr von Flüchtlingen vorgesehen, auch wenn eine israelische Behörde für palästinensische Flüchtlingsangelegenheiten aufgebaut werden soll.

Problematisch könnte hierbei nicht nur sein, dass dieser Lösungsansatz wirtschaftlich schwer umsetzbar ist, sondern gleichzeitig auch das Nationalgefühl der Palästinenser_innen außen vorlässt, die sich trotz weitgehender Autonomie in Kantonen doch in einem Staat Israel wiederfinden würden. Gleichzeitig kann es auch in diesem Ansatz schwierig werden, eine jüdische Mehrheit zu garantieren. Nach den Berechnungen des *Federation Movement* wären zwar zwei Drittel der Staatsbürger in solch einem Szenario Juden, doch genaue demografische Angaben zu den momentanen palästinensischen Einwohnern in der Westbank fehlen. Daher schätzen manche, dass deren Zahlen weitaus höher sind, weswegen in einer Föderation nicht sicher mit einer jüdischen Mehrheit gerechnet werden kann.

Ein jüdisch-dominierter, binationaler Staat

Begeisterung für eine Einstaatenlösung, die zwar die Gebiete der Westbank annektiert, aber den dort lebenden Palästinenser_innen keine gleichen Rechte einräumen möchte, findet sich vor allem auf der rechten Seite des politischen Spektrums in Israel.

Befürworter_innen einer solchen Einstaatenlösung sind der Überzeugung, dass Israel religiöse und nationale Ansprüche auf das Land Judea und Samaria hat, wie die Westbank von ihnen bezeichnet wird. Zum Beispiel fordert die Gruppe *Women in Green*, die von Yehudit Katzover und Nadia Matar gegründet wurde, eine Annexion des gesamten biblischen „Eretz Israel“ und die Anwendung von israelischem Recht in dem kompletten Gebiet, in dem Palästinenser als Einwohner, aber nicht Staatsbürger mit gleichen Rechten geduldet würden. Dabei wird manchmal Jordanien als der „eigentliche palästinensische Staat“ angeführt, um den Palästinenser_innen gleiche Rechte in einem binationalen, jüdischen Staat zu verweigern.

Auch wenn so ein Schritt selbst für Befürworter eines jüdisch-dominierten, binationalen Staates momentan noch zu kontrovers erscheint, so hört man doch öfter die Forderung nach einer Annexion der C-Gebiete der Westbank. Beispielsweise hat sich Naftali Bennett, der Bildungsminister Israels, in einem Interview mit der israelischen Zeitung Haaretz für solch ein Vorgehen ausgesprochen. Er schlägt vor, dass Israel die C-Gebiete annektiert und den Palästinenser_innen anstelle eines eigenen Staates „Autonomie auf Steroiden“ anbietet. Dabei würde Israel, seiner Idee nach, die Kontrolle über Sicherheitsvorkehrungen behalten und gleichzeitig ein Rückkehrrecht von vertriebenen Palästinenser_innen in die übriggebliebenen A und B Gebiete, die unter der Verwaltung der PA bleiben, verhindern. Zwischen den A und B Gebieten, die dann abgeschnitten voneinander im von Israel annektierten C-Gebiet lägen, sollte dann die Verkehrsanbindung und die Vorkehrungen an Checkpoints vereinfacht werden. Selbst wenn nicht von Annexion gesprochen wird, so ist „Souveränität“ ein geflügeltes Wort in den Siedlungen im Westjordanland und wird auch von *Women in Green* immer wieder gefordert.

Es ist klar, dass solch ein jüdisch-dominierter Staat und jegliche Annexion von Land in der Westbank gegen internationales Recht verstoßen würde und von der internationalen Gemeinschaft als illegitim angesehen werden wird. Außerdem würde ein solcher jüdisch-dominierter, binationaler Staat die demokratischen Werte Israels und seinen zionistischen Selbstanspruch zerstören. Durch Annexion würde in dieser Version ohne Frage ein Apartheidsystem entstehen, welches den Palästinenser_innen ihren Anspruch auf Selbstbestimmung, gleiche Rechte und Menschenrechte verwehren würde. Auch so eine Lösung des Konflikts würde daher von der großen Mehrheit der Israelis und Palästinenser_innen strikt abgelehnt. Jedoch sind nicht nur der vorangetriebene Siedlungsbau, sondern auch das im Juni 2018 verabschiedete, kontroverse Nationalstaatsgesetz mögliche Indizien für erste Schritte, die in Richtung eines jüdisch-dominierten, binationalen Staates gehen.

Jede Art einer Einstaatenlösung würde die israelische Gesellschaft am Ende vor die Frage stellen, ob sie ihre jüdische oder ihre demokratische Identität aufgeben will – wobei für die breite Masse weder das eine noch das andere in Frage kommt. Auch deswegen ist es wichtig, sich mit möglichen Szenarien für den Frieden jetzt auseinander zu setzen, bevor der Siedlungsbau nur noch eine Einstaatenlösung ermöglicht.

Die Lösung durch Trennung

Da eine Einstaatenlösung also auch für die große Mehrheit in Israel keine richtige Lösung des Problems darstellt, werden nun Stimmen lauter, die sich für eine demographische, territoriale und politische Separation von Israel und den palästinensischen Gebieten einsetzen. Der Unterschied zu einer Zweistaatenlösung liegt vor allem darin, dass Israel unilateral aktiv wird und eine Trennung von Israelis und Palästinensern vornimmt, um bessere strategische Konditionen herzustellen, die die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung offenhalten.

So hat zum Beispiel einer der einflussreichsten und größten Thinktanks Israels, das *Institute for National Security Studies* (INSS), einen pragmatischen Plan entworfen, um Israel als „jüdischen, demokratischen, sicheren und moralischen“ Staat zu erhalten. Hierbei ist vorgesehen, dass ein zusammenhängendes Gebiet, das circa 65% der Westbank ausmacht (A und B Gebiete, sowie 25% der C Gebiete) als palästinensisches Territorium etabliert wird. Gleichzeitig wird jenseits des Sicherheitszaunes der Westbank der Siedlungsbau in isolierten Siedlungen (nicht jedoch in etablierten Siedlungsblöcken) gestoppt. Evakuierungen von Siedlern sind nicht vorgesehen, ebenso wenig ein Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge. Das israelische Militär würde operative Freiheiten behalten und der Sicherheitszaun würde weiter ausgebaut. Zur selben Zeit würde auch ein weitreichender Plan zum Wiederaufbau und wirtschaftlichen Vorankommen der palästinensischen Gebiete ausgeführt werden, unter anderem auch durch Unterstützung von internationalen Partnern.

Der Vorteil eines solch pragmatischen Lösungsansatzes wäre, dass Israel, welches sich momentan in der stärkeren Position befindet, auch ohne Kooperation der Palästinenser Schritte unternehmen könnte, um die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung aufrecht zu erhalten. Zumal auch immer noch ein Teil der Bevölkerung eine Zweistaatenlösung als das kleinste Übel befindet und eine Trennung sicher einem nicht-jüdischen oder nicht-demokratischen Staat vorzieht. Gleichzeitig dürfte so ein Plan, der in den Augen der Bevölkerung nur auf israelischer Seite Konzessionen macht, ohne im Gegenzug palästinensische Zugeständnisse zu erhalten, politisch schwer verkaufbar sein. Zu sehr erinnert unilaterales Verhalten an den Rückzug Israels aus dem Gazastreifen 2005, das nicht mit Frieden, sondern weiteren Raketen und Gewalt „honoriert“ wurde.

Konföderationsmodelle

Eine ganz andere Richtung schlagen sogenannte Konföderationsmodelle ein, um eine Lösung des Konflikts herbeizubringen. Vor allem Stimmen aus dem kleinen, linken Lager in Israel setzen auf Zusammenarbeit statt Separation. Die bekannteste Bewegung namens „*Zwei Staaten, eine Heimat*“ (= *Two States, One Homeland*) befürwortet zwar zwei souveräne Staaten entlang den Waffenstillstandslinien von 1967, aber hat ansonsten ganz andere Vorstellungen im Vergleich zur Zweistaatenlösung, wenn es um Konfliktresolution geht. Die Gruppierung, bestehend aus Israelis und Palästinenser_innen, geht davon aus, dass eine absolute Trennung zwischen Israelis und Palästinenser_innen nicht nur

unmöglich, sondern auch nicht wünschenswert wäre. Stattdessen glauben sie, dass Israel und die palästinensischen Gebiete eine historische und geografische Einheit bilden, deren Nationen beide die religiöse und kulturelle Bedeutung des Landes wertschätzen und für ihre Identität als wichtig ansehen. Daher hat *Two States, One Homeland* die Vision eines offenen, gemeinsam genutzten Gebietes zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer.

So wären die Bürger_innen beider Staaten in der Lage, zu leben und zu arbeiten, wo sie wollen. Dabei ist der Kerngedanke des Projekts, dass jeder über seinen ständigen Wohnsitz frei entscheiden kann, aber nur Staatsangehörige an den nationalen Wahlen des jeweiligen Staates teilnehmen können. Durch diese Unterscheidung zwischen Staatsangehörigkeit und Wohnsitz lassen sich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen könnte so zumindest ein Teil der vertriebenen Palästinenser_innen in ihre Heimat zurückkehren, zum anderen könnte Israel weiterhin sowohl demokratisch bleiben, als auch keine Sorge haben müssen, dass Palästinenser_innen durch Wahlen den jüdischen Charakter des Staates minimieren. Genaue Quoten und Bedingungen für Staatsbürgerschaft würden aber immer noch von der jeweiligen Regierung selbst festgelegt werden. In dieser Vision würde Jerusalem die Hauptstadt beider Staaten sein und eine Reihe gemeinsamer Institutionen würden gegründet werden. Beispielsweise gäbe es dann einen Gerichtshof für Menschenrechte, eine Kommission für Versöhnung sowie einen internationalen Rat, der die Einhaltung der Abmachungen überwacht.

Die Haupthindernisse einer solchen Lösung sind vor allem das fehlende Vertrauen der beiden Nationen in die jeweiligen Nachbarn und Sicherheitsaspekte allgemein. Momentan gibt es zwar bereits eine funktionierende Sicherheitszusammenarbeit zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde, allerdings werden die Bedingungen dafür von israelischer Seite festgelegt. Für eine Konföderationslösung müsste hier also eine Kooperation auf Augenhöhe stattfinden. Auch wenn *Two States, One Homeland* gemeinsame Sicherheitskräfte vorsieht, so ist es schwer vorstellbar, wie so etwas aus dem momentan übermächtigen israelischen Militär und den unterlegenen Sicherheitskräften der PA entstehen kann, ohne dass asymmetrische Machtverhältnisse reproduziert werden. Auch wirtschaftlich und sozioökonomisch könnten die beiden Staaten zu ungleich sein, um eine echte Konföderation eingehen zu können.

Konklusion

In der festgefahrenen Situation, in der weder die israelische noch die palästinensische Seite glaubwürdige Schritte machen, um eine Grundlage für Friedensverhandlungen zu schaffen, erscheinen viele Alternativen zur Zweistaatenlösung als düstere Dystopien oder als realitätsferne Wolkenschlösser. Da eine Umsetzung der Zweistaatenlösung aber immer schwieriger wird, ist es wichtig, sich mit alternativen Szenarien auseinanderzusetzen, um Chancen und Risiken einschätzen zu können, den aktuellen Diskurs um eine potenzielle Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt zu verstehen und neue Wege zur Friedensfindung zu visualisieren und neue Denkweisen zuzulassen.

Obwohl also die rechtsgerichtete, israelische Regierung wenig für den Frieden tut, so gibt es durchaus Bewegungen in der Zivilbevölkerung und von NGOs, die sich weiterhin für eine friedliche Lösung, oftmals in Form der Zweistaatenlösung, einsetzen. Die international



Frauen von „Women Wage Peace“ demonstrieren für eine friedliche Lösung des Konflikts. Quelle: <https://evolutieqids.nl/women-wage-peace/>.

bekannteste Bewegung dieser Art dürfte *PeaceNow* sein, eine israelische Bewegung, die sich seit 1978 für zwei unabhängige Staaten einsetzt. Neben Demonstrationen und Seminaren unterhält die NGO zudem die sogenannte „Settlement Watch“, um über Entwicklungen in den Siedlungen zu berichten und deren Expansion zu verhindern. Seit 1988 setzt sich die aus Veteran_innen der israelischen Sicherheitskräfte bestehende Organisation *Peace and Security Association* für eine Zweistaatenlösung ein. Auch *Commanders for Israel's Security*, die ebenfalls weitestgehend aus ehemaligen Offizieren der Israelischen Streitkräfte oder Mitarbeiter_innen

des Mossad und Shin Bet besteht und 2014 gegründet wurde, verfolgt dasselbe Ziel. Ebenso kämpft die Frauenbewegung *Women Wage Peace*, die seit 2014 aktiv ist und mehr als 40.000 Mitglieder zählt, für eine friedliche, diplomatische Lösung des Konflikts. Dabei möchte sie nicht nur ein politisches Übereinkommen erreichen, das den israelisch-palästinensischen Konflikt löst (was in diesem Fall nicht explizit eine Zweistaatenlösung sein muss), sondern dabei auch besonders Stimmen von Frauen laut werden lassen. Nennenswert ist dabei auch ihr Gesetzesvorschlag für die Knesset, der darauf pocht, politische Alternativen militärischen Maßnahmen immer vorzuziehen. Der Gesetzesvorschlag sieht die Einrichtung von regelmäßigen Sitzungen in der Knesset vor, im Rahmen derer politische Alternativen erarbeitet werden sollen. Zudem soll für die Umsetzung der erarbeiteten Lösungsvorschläge ein Budget reserviert werden.

Abgesehen von der Zivilgesellschaft hält auch die israelische, linke Opposition weiterhin an einer Zweistaatenlösung fest, auch wenn sich die Gegebenheiten in Israel und den Palästinensischen Gebieten in den letzten Jahren gewandelt haben. Dennoch ist das linke Lager in Israel eine Instanz, die sich gegen die Rechte stellt und sich für diplomatische Verhandlungen über den Konflikt einsetzt. Abgesehen von inner-israelischen Akteuren, wäre es wünschenswert, wenn auch die internationale Gemeinschaft mehr Druck aufbauen würde, um eine lokale Lösung für den Konflikt voranzutreiben. Interessant dürfte in dieser Hinsicht die Veröffentlichung des Friedensplans von US-Präsident Donald Trump werden, der im Vorhinein als „Deal of the Century“ angekündigt wurde.

Alles in allem ist deutlich geworden, dass der momentane Status quo kein zementierter Zustand ist, sondern dass die Entwicklungen im Nahen Osten und besonders in Israel und den palästinensischen Gebieten dynamisch bleibt. Mögliche Lösungen für den Konflikt müssen also an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Dies gilt für die Zweistaatenlösung genauso wie für die anderen hier vorgestellten Modelle.

Weiterführende Literatur und Quellen:

Asseburg, Muriel & Busse, Jan (2016): The end of a two-state settlement? Alternatives and priorities for settling the Israeli-Palestinian conflict (SWP comments, 24/2016). Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2016C24_ass_Busse.pdf

Dekel, Udi (2018): Questions and Answers on the INSS Plan: A Strategic Framework for the Israeli-Palestinian Arena. Institute for National Security Studies (INSS). <http://www.inss.org.il/publication/questions-answers-inss-plan-strategic-framework-israeli-palestinian-arena/>

Dekel, Udi & Michael, Kobi (2018): Scenarios in the Israeli-Palestinian Arena: strategic Challenges and Possible Responses (Memorandum No. 186). Institute for National Security Studies (INSS). http://www.inss.org.il/wp-content/uploads/2019/01/Memo186_e.pdf

Landsmann, Carolina (2018): How Israeli Right-Wing Thinkers Envision the Annexation of the West Bank. Haaretz. <https://www.haaretz.com/israel-news/.premium.MAGAZINE-how-israeli-right-wing-thinkers-envision-the-west-bank-s-annexation-1.6387108>

Mahler, Daniel et al. (2018): Informationen zur politischen Bildung - Israel (Nr. 336/2018). Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <http://www.bpb.de/izpb/268885/israel>

Scheindlin, Dhalia (2018): An Israeli-Palestinian Confederation Can Work. Foreign Policy (FP). <https://foreignpolicy.com/2018/06/29/an-israeli-palestinian-confederation-can-work/>

Scheindlin, Dhalia & Waxman, Dov (2016): Confederalism: A Third Way for Israel-Palestine. The Washington Quarterly, 39:1, 83-94. <https://doi.org/10.1080/0163660X.2016.1170482>

Süddeutsche Zeitung (2010): Kernpunkte des Konflikts. Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-und-palaestina-kernpunkte-des-konflikts-1.15997>

Rasgon, Adam (2018): Support for two-state solution at lowest in nearly 20 years – poll. The Times of Israel. <https://www.timesofisrael.com/support-for-two-state-solution-at-lowest-in-nearly-20-years-poll/>

Datenbanken:

Weiterführende Informationen zu Daten über den Konflikt, relevanten Dokumenten von Friedensinitiativen sowie aktuelles Kartenmaterial und Karten über mögliche Lösungsansätze finden sich auf den Webseiten der **Geneva Initiative** (<http://www.geneva-accord.org/>), **Peace Now** (<http://peacenow.org.il/en>), und der interaktiven Datenbank der **Economic Cooperation Foundation** (<https://ecf.org.il/>).

Über die Autorin

Paula Köhler hat ihren Bachelor in Internationalen Beziehungen und Internationale Organisation an der University of Groningen in den Niederlanden abgeschlossen und war von Januar bis März 2019 Praktikantin im Israel Büro der FES.

Impressum

Friedrich Ebert Stiftung (FES) Israel
PO Box 11235, Herzliya Pituach 4673334
Israel
<http://www.fes.org.il>

Verantwortlich:
Dr. Paul Pasch
Direktor, FES Israel

Graphik der Titelseite:

Graffiti of Peace in Bethlehem vom Künstler Jonathan Kis-Lev. Das Bild kann unter dem folgenden Link gefunden werden:

https://en.m.wikipedia.org/wiki/File:Graffiti_of_Peace_in_Bethlehem_on_Apartheid_Wall_by_Street_Artist_Kis-Lev.jpg.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Die in diesem Bericht zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.